Unia Zentralsekretariat
Präsidialsekretariat

Weltpoststrasse 20
CH-3000 Bern 15
T +41 31 350 21 11
F +41 31 350 22 11
http://www.unia.ch

Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.

SGB-Pressekonferenz zum Thema Massenentlassungen, Montag 22.6.2009

Wir stehen vor einem mörderischen Sommer

Von Renzo Ambrosetti, Co-Präsident Unia

Die Krise läuft heisst – so wie ich das in meiner dreissigjährigen gewerkschaftlichen Berufstätigkeit noch nie erlebt habe. Dabei war bereits die Strukturkrise der siebziger Jahre heftig. Und die Rezession der neunziger Jahre hat gerade auch die Industrie hart getroffen.
Heute erlebt die Industrie, allen voran die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie Auftragseinbrüche in einem ungeahnten Ausmass. In den letzten sechs Monaten sind in der MEM-Industrie Tausende von Fest-Stelllen abgebaut worden, sehr viele Betriebe haben auf Kurzarbeit umgestellt und Abertausende von Temporärstellen wurden nicht mehr neu besetzt.

Die Dauer der Krise ist nicht abschätzbar und ebenso wenig absehbar.
Diese Wirtschaftskrise ist zur Hauptsache durch den Zusammenbruchs der Finanzmärkte ausgelöst worden. Sie ist also eine direkte Folge der globalen Finanzspekulationen im herrschenden Casino-Kapitalismus. Die Realwirtschaft ist davon so tiefgreifend betroffen wie vielleicht noch nie zuvor. Und das Schlimmste: Es ist nicht absehbar, wie rasch die Wirtschaft aus dieser Krise herausfindet.

Drohende Arbeitslosigkeit in Rekordhöhe - und der Bundesrat legt die Hände in den Schoss
Die Arbeitslosenquote ist rasant im Steigen. Sämtliche Konjunkturprognosen haben die Arbeitslosenquote für 2009 und 2010 massiv nach oben korrigiert. Bereits ist für 2010 von gegen 6 Prozent die Rede. Und noch wissen wir nicht, wie lange die Krise dauern wird. Trotzdem hat es der Bundesrat letzte Woche abgelehnt, ein drittes Konjunkturpaket zu verabschieden, das der dramatischen Entwicklung Rechnung trägt.

Es drohen noch viel mehr Massenentlassungen, wenn wir das Steuer nicht herumwerfen.
Gemäss der jüngsten Umfrage von Adecco planen 40% der Betriebe für die nächsten Monate Kollektiventlassungen. In der Industrie sind es sogar 55% der Unternehmen. Deshalb spricht die Westschweizer Arbeitgeberzeitung AGEFI von einem "mörderischen Sommer" (été meutrier), der uns in der Industrie erwartet. Wir befürchten in der Tat, dass viele Arbeitgeber nun ungehemmt zu Massenentlassungen schreiten. Auch dann, wenn diese Entlassungen vermieden werden könnten.

Die Sozialpartnerschaft bröckelt
In der Schweiz gibt es nur einen sehr schwachen gesetzliche Schutz vor Kündigungen und keine gesetzliche Sozialplanpflicht. Dazu kommt: Viele Arbeitgeber haben vergessen, was der Sinn von Sozialpartnerschaft, Gesamtarbeitsverträge und kollektiven Arbeits- und Gewerkschaftsrechten ist. Zwei Jahrzehnte, geprägt von Shareholder Value-Denken, Maximalrenditen, Börsenspekulationen und Abzockereien, haben nicht nur in der Bankenwelt und beim Finanzkapital Spuren hinterlassen, sondern auch in der Welt der real produzierenden Wirtschaft. Nur allzu viele Manager wissen nicht mehr, was die Spielregeln der Sozialpartnerschaft auf der Basis von Gesamtarbeitsverträgen sind.

Deshalb rufen wir alle Arbeitgeber zur Räson auf: Gerade in der Krise gilt es, Kollektiventlassungen zu verhindern.

- Es darf keine Kollektiventlassungen ohne Ausschöpfung der Kurzarbeit geben.
- Es darf keine Entlassungen geben, solange Unternehmen Dividenden ausschütten und solange Managerlöhne von mehr als einer halben Million bezahlt werden.
- Es darf keine Entlassungen geben, solange - nach den vielfach sehr hohen Gewinnen der letzten Jahre - die Unternehmen über nötige finanzielle Reserven verfügen.

Unsere Erfahrung der letzten Monate zeigt: Die Konsultationsverfahren bei Massenentlassungen sind in vielen Betrieben reine Alibiübungen. Sie verkommen zur Farce und verstossen oft gegen gesetzliche und gesamtarbeitsvertragliche Regelungen. Wir verlangen von den Arbeitgebern eine weit grössere Kooperationsbereitschaft, wenn kollektive Entlassungen drohen. Es darf keine Entlassungen mehr geben, bevor nicht echte und offene Verhandlungen mit den Arbeitnehmervertretungen, mit den Gewerkschaften und allen betroffenen Lohnabhängigen geführt sind, die zu intelligenteren Lösungen als Entlassungen führen.
Deshalb fordern wir Konsultationsverfahren, die für die betroffenen Arbeitnehmenden nicht zur Farce werden.

- Wir verlangen von den Arbeitgebern, dass die Konsultationsverfahren bei drohenden Kollektiventlassungen gesetzes- und vertragskonform durchgeführt werden und vor allem die Chance bieten müssen, Entlassungen zu vermeiden und ernsthaft nach alternativen Lösungen zu suchen und konkrete Vorschläge zu entwickeln.
- Das Konsultationsverfahren verlangt, dass alle Beteiligten aktiv einbezogen werden, das heisst nicht nur die gewählten Arbeitnehmervertretungen, sondern alle betroffenen Beschäftigten sowie die Gewerkschaft als Vertragspartei. Es ist deshalb unzulässig, dass z.B. die Arbeitnehmervertretung oder die Gewerkschaft durch Unterzeichnung von Vertraulichkeitserklärungen de facto daran gehindert wird, während der Dauer des Verfahrens die betroffene Belegschaft bei der Erarbeitung von Alternativlösungen aktiv einzubeziehen, wie dies z.B. in jüngster Zeit bei der Georg Fischer AG in Schaffhausen oder bei Müller Martini geschehen ist.
- Wo Massenentlassungen drohen, haben Belegschaft, Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften zwingend Anspruch darauf, im Konsultationsverfahren eine aktive Rolle wahrzunehmen, um bessere Lösungen als Entlassungen zu realisieren.

Jede Entlassung ist eine zuviel - und erst noch das falsche Signal

Für jeden und jede Arbeitnehmer und Arbeitnehmerin, die in der Krise auf die Strasse gestellt wird, bedeutet dies eine persönliche Tragödie. Entlassungen sind aber auch das falsche Signal, wenn es darum geht, so rasch wie möglich aus der grossen Krise herauszufinden. Umso unverständlicher ist, dass selbst der Bundesrat, der über Nacht locker 68 Milliarden für die UBS organisieren kann, dies immer noch nicht wahrhaben will und am letzten Mittwoch einem dringend Konjunkturpaket, das einen solchen Namen auch verdient, eine klare Absage erteilt hat.